

Herausgeber:

Bundesvorstand Vorstands-bereich I Bundesvorsitzender

Abteilung Wirtschafts-, Bau- und Arbeitsmarktpolitik

Olof-Palme-Straße 19
60349 Frankfurt

28.01.2013 Wie-Mt-Gri

Ansprechpartner:

Martin Mathes

Tel.: 030 – 246 39 220

martin.mathes@igbau.de

Aktuelle Kurzinformation Nr. 4/2013

Welche Positionen haben die Parteien zur Rentenpolitik?

Als Anlage beigefügt ist eine aktuelle Übersicht der im Bundestag vertretenen Parteien zu einigen Fragen der Rentenpolitik und die entsprechenden Positionen der IG BAU (Stand: 28.1.2013).

Leider ist aktuell noch immer nicht klar, ob die Regierungskoalition aus CDU/CSU und FDP vor der Bundestagswahl noch einen Vorschlag für eine Rentenreform in den Bundestag einbringen wird. Hintergrund sind koalitionsinterne Meinungsverschiedenheiten vor allem zur „Lebensleistungsrente“. Laut Medienberichten wird von Koalitionsvertretern erwogen, vor allem die koalitionsintern unumstrittenen Vorhaben zur „Kombi-Rente“ und zur schrittweisen Erhöhung der Erwerbsminderungsrente noch vor der Bundestagswahl in den Bundestag einzubringen.

Anlage

	CDU	SPD	Grüne	LINKE	FDP	IG BAU
„Lücke vor der Rente“	<ul style="list-style-type: none"> • „Kombirente“ = verbesserte Hinzuverdienstmöglichkeiten für Rentner [ab 63] 	<ul style="list-style-type: none"> • Teilrente ab 60 oder vergleichbare flexible Übergangsmodelle als Grundlage für Tarifverträge • Abschlagfreie Rente nach 45 Versicherungsjahren [in der Regel ab dem 63. Lebensjahr] • „Rente mit 67“ aussetzen bis 50 % der 60-64jährigen sv-pflichtig beschäftigt sind 	<ul style="list-style-type: none"> • Teilrente ab 60 in Kombination mit Teilzeitarbeit • „Rente mit 67“ nur vertretbar wenn sie flankiert wird durch Verbesserungen beim Arbeitsschutz, bei der betrieblichen Gesundheitsförderung und durch arbeits- und sozialversicherungsrechtliche Regelungen • 2014 im Rahmen der gesetzlichen Berichtspflicht Prüfung ob Bedingungen erfüllt sind und Konsequenzen ziehen 	<ul style="list-style-type: none"> • „Rente mit 67“ zurücknehmen 	<ul style="list-style-type: none"> • Flexible Übergänge ab 60 [mit entsprechenden Abzügen für vorzeitigen Rentenbeginn, max. 25,2 %] • Unbegrenzte Hinzuverdienstmöglichkeiten 	<ul style="list-style-type: none"> • Abschlagfreie Rente nach 44 Versicherungsjahren • Rente mit 67 stoppen • Tariflich-staatliches „Altersübergangsgeld“ mit angemessener staatlicher Beteiligung [Kombi- oder Teilrente funktioniert in unseren Branchen nicht, u.a. weil dabei Abschläge von bis zu 25,2 % auf den vorzeitig in Anspruch genommenen Rententeil anfallen]
Erwerbsminderungsrente	<ul style="list-style-type: none"> • schrittweise Erhöhung durch Verlängerung Zurechnungszeit auf 62 Jahre 	<ul style="list-style-type: none"> • Abschlagfrei • Erhöhung durch Verlängerung Zurechnungszeit und bessere Bewertung der letzten Jahre vor Erwerbsminderung 	<ul style="list-style-type: none"> • Abschlagfrei 	<ul style="list-style-type: none"> • Abschlagfrei 	<ul style="list-style-type: none"> • Verbesserter Schutz gegen Erwerbsminderung in der geförderten zusätzlichen Altersvorsorge 	<ul style="list-style-type: none"> • Abschlagfrei • Erleichterter Zugang, wenn kein geeigneter Arbeitsplatz nachgewiesen werden kann

	CDU	SPD	Grüne	LINKE	FDP	IG BAU
Rentenniveau und Beiträge		<ul style="list-style-type: none"> • Aufrechterhaltung derzeitiges Niveau bis 2019 • 2020 Neubewertung, wie Ankopplung der Renten an die Erwerbseinkommen vorzunehmen ist • Ablehnung Beitragssatzsenkung von 19,6 auf 18,9 %, stattdessen stetige Beitragssatzsteigerungen auf 22 % 	<ul style="list-style-type: none"> • „angemessenes Rentenniveau bei stabilen Beiträgen“ • „Würde das Rentenniveau deutlich unter das heutige Niveau sinken, wären Menschen bis in die Mitte der Gesellschaft von Altersarmut bedroht.“ 	<ul style="list-style-type: none"> • Anhebung Rentenniveau auf 53 % • Ablehnung Beitragssatzsenkung • Beitragssatzerhöhung für lebensstandardsichernde Rente (bei Wegfall von Ausgaben für zusätzliche Vorsorge) 	<ul style="list-style-type: none"> • Beitragssatz langfristig unter 20 %, stärkere Ergänzung durch private und betriebliche Altersvorsorge 	<ul style="list-style-type: none"> • Erster Schritt: Heutiges Rentenniveau halten • Langfristig Bürgerversicherung [siehe unten]
Niedrigrenten	<ul style="list-style-type: none"> • „Lebensleistungsrente“; Rente oberhalb Grundsicherungsniveau [aktuell 686 €] durch Hochwertung von Beiträgen, Voraussetzung: 40 Beitragsjahre (einschließlich Pflege-/Kinderzeiten) und private Vorsorge • Freibeträge für private oder betriebliche Vorsorge [bei Grundsicherung im Alter und Erwerbsminderung] 	<ul style="list-style-type: none"> • 850 € „Solidarrente“ durch Hochwertung von Beiträgen aus Niedrigeinkommen und Arbeitslosigkeit bzw. durch Grundsicherung; Voraussetzung: 30 Beitrags-/40 Versicherungsjahre • [Prüfung der Anrechnungsregeln bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung] 	<ul style="list-style-type: none"> • 850 € „Garantierrente“; Voraussetzung: 30 Versicherungsjahre 	<ul style="list-style-type: none"> • „Mindestrente“ von mindestens 900 Euro netto • Hochwertung von Beiträgen aus Niedrigeinkommen auf max. 75 % des Durchschnittseinkommens • Beitragszahlung für Hartz IV-Bezieher von 50 % des Durchschnittseinkommens 		<ul style="list-style-type: none"> • Hochwertung von Beiträgen aus Niedrigeinkommen • Beitragszahlung für Hartz IV-Bezieher von 50 % des Durchschnittseinkommens • Zwangsverrentung von Hartz IV-Beziehern stoppen

	CDU	SPD	Grüne	LINKE	FDP	IG BAU
Bürgerversicherung		<ul style="list-style-type: none"> • Selbständige ohne obligatorische Absicherung werden in gesetzliche Rentenversicherung einbezogen • Ziel Erwerbstätigenversicherung 	<ul style="list-style-type: none"> • Perspektivisch „Bürgerversicherung“, in die alle Bürger auf alle Einkommensarten unabhängig vom Erwerbsstatus einzahlen. 	<ul style="list-style-type: none"> • Einbezug aller Erwerbstätigen, Aufhebung Beitragsbemessungsgrenze 		<ul style="list-style-type: none"> • Bürgerversicherung als Antwort auf demografische Herausforderung (Einbezug aller Bürger, Beiträge auf alle Einkommensarten, Wegfall Beitragsbemessungsgrenze)
Sonstiges bzw. Anmerkungen	<ul style="list-style-type: none"> • Die CSU-Landesgruppe im Bundestag hat einen eigenen Beschluss gefasst. Darin wird eine „bedarfsabhängige Anerkennung der Lebensleistung innerhalb der gesetzlichen Rente“ abgelehnt. 		<ul style="list-style-type: none"> • Die noch offenen Fragen wie ... der Balance zwischen Rentenniveau und Beitragsstabilität [und] ... der abschlagfreien Rente ab 45 Versicherungsjahren werden in der nächsten Wahlperiode in der Partei weiter entwickelt und konkretisiert. 			

	CDU	SPD	Grüne	LINKE	FDP	IG BAU
Quelle	Beschluss „Sichere Rente – starker Generationenvertrag“, CDU-Bundesparteitag Dezember 2012 Beschluss „Faire Löhne, sichere Renten, starker Sozialstaat“, Klausurtagung der CSU-Landesgruppe Januar 2013	Beschluss „Die SPD-Rentenpolitik: Arbeit muss sich lohnen!“, Parteikonvent November 2012	Beschluss „Eine Gesellschaft für Alle: Umfassende Teilhabe und Selbstbestimmung durch gute Institutionen und gerechte Verteilung“, Bundesdelegiertenkonferenz November 2012	Papier „Eine Rente zum Leben“, Bundestagsfraktion DIE LINKE, September 2012, Vorstandsbeschluss „Solidarische Rentenversicherung“ Oktober 2011	Stichwort „Rentenpolitik“ auf www.fdp.de	Entschießung „Rente muss zum Leben reichen!“ des 7. Außerordentlichen Gewerkschaftstages der IG BAU März 2012

Die Hinweise in eckigen Klammern sind ergänzende redaktionelle Anmerkungen, die nicht den Veröffentlichungen der Parteien entstammen.

Quellen:

<http://www.hannover2012.cdu.de/sites/default/files/media/121205-sonstige-beschluesse.pdf>

<http://www.cdusu.de//mediagalerie/getMedium.aspx?showportal=4&showmode=1&mid=3013>

http://www.spd.de/presse/Pressemitteilungen/82052/20121124_beschluss_rente.html

http://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Beschluesse/Sozialpolitik-Teilhabe-Beschluss-BDK-11-2012.pdf

<http://www.linksfraktion.de/positionspapiere/rente-leben/>

<http://www.die-linke.de/partei/organe/parteivorstand/parteivorstand20102012/beschluesse/solidarischerentenversicherung/>

<http://www.fdp.de/#/Rentenpolitik/813b290/index.html> (Stand: 26.1.2013)

http://www.igbau.de/Binaries/Binary13626/Entschlieszung7AOGT_31032012.pdf